

---

**Vorsitz: Deutschland****963. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 9. Dezember 2020 (über Videokonferenz)
- Beginn: 10.00 Uhr  
Unterbrechung: 13.05 Uhr  
Wiederaufnahme: 15.00 Uhr  
Schluss: 15.35 Uhr

2. Vorsitz: Botschafterin G. Bräutigam  
M. Bleinroth

Vor Eintritt in die Tagesordnung erinnerte die Vorsitzende das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) an die technischen Modalitäten für die Durchführung von FSK-Sitzungen während der COVID-19-Pandemie laut FSC.GAL/109/20.

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: FEIERLICHE PREISVERLEIHUNG ZUM ABSCHLUSS DES GEMEINSAM VON DER OSZE UND DEM IFSH (INSTITUT FÜR FRIEDENS-FORSCHUNG UND SICHERHEITSPOLITIK) VERANSTALTETEN ESSAY-WETTBEWERBS ZUM THEMA KONVENTIONELLE RÜSTUNGS-KONTROLLE UND VERTRAUENS- UND SICHERHEITSBILDENDE MASSNAHMEN

Vorsitz, beauftragte Funktionsträgerin/Generalsekretär, C. Friesendorf, A. Zagorski, N. Sokov, M. Finaud, U. Kühn, B. Schaller, N. Egel, A. Prokhorova, Vereinigte Staaten von Amerika, Deutschland – Europäische Union, Schweiz

Punkt 2 der Tagesordnung: VORTRAG VON BRIGADEGENERAL  
MAUREEN O'BRIEN, STELLVERTRETENDE  
BEFEHLSHABERIN DER BEOBACHTERTRUPPE  
DER VEREINTEN NATIONEN FÜR DIE TRUPPEN-  
ENTFLECHTUNG ZU FRAGEN BETREFFEND  
UNSCR 1325

Vorsitzende, Brigadegeneral M. O'Brien (FSC.DEL/315/20 OSCE+),  
Vereinigte Staaten von Amerika, Deutschland – Europäische Union, Kanada,  
Russische Föderation (Anhang 1), Vereinigtes Königreich, Koordinatorin des  
FSK für Angelegenheiten betreffend UNSCR 1325 (Albanien)

Punkt 3 der Tagesordnung: ERÖRTERUNG DER ERGEBNISSE DES  
MINISTERRATS 2020 IN TIRANA

Vorsitz, Deutschland – Europäische Union (mit den Bewerberländern  
Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; dem Land des Stabilisierungs-  
und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und  
Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und  
EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra,  
Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (PC.DEL/324/20), Albanien  
(Anhang 2), Schweden (Anhang 3), Kanada, Vereinigtes Königreich  
(FSC.DEL/317/20 OSCE+), Vereinigte Staaten von Amerika, Schweiz  
(PC.DEL/318/20 OSCE+), Russische Föderation (Anhang 4), Armenien,  
Aserbaidschan, Türkei

Punkt 4 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

*Die Lage in und um die Ukraine:* Ukraine (FSC.DEL/319/20)  
(FSC.DEL/319/20/Add.1), Deutschland – Europäische Union (mit den Bewerber-  
ländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des  
Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und  
Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine)  
(FSC.DEL/325/20), Kanada, Vereinigtes Königreich (FSC.DEL/323/20 OSCE+),  
Vereinigte Staaten von Amerika, Russische Föderation (Anhang 5), Deutschland

Punkt 5 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Durchführung des jährlichen Austauschs militärischer Information über das  
OSZE-Kommunikationsnetz am 15. Dezember 2020: Vorsitz*
- (b) *Finanzierungsbeitrag zum OSZE-Treuhandfonds für die Hilfsprojekte zu  
Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) und zu Lagerbeständen  
konventioneller Munition (SCA) sowie zum Outreach-Programm betreffend  
den Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit:  
Deutschland (Anhang 6)*
- (c) *Start einer Initiative im Zusammenhang mit dem Hilfsmechanismus nach den  
OSZE-Dokumenten zu SALW und SCA: Österreich (Anhang 7), Vorsitzende  
des informellen Freundeskreises zu SALW und SCA (Lettland), Montenegro*

- (d) *Aktivitäten im Bereich der internationalen militärischen Zusammenarbeit:*  
Serbien (Anhang 8)

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 16. Dezember 2020, um 11.00 Uhr über Videokonferenz

---

**963. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 969, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Frau Vorsitzende,

wir danken Brigadegeneral Maureen O'Brien für ihren interessanten Bericht betreffend Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, deren Thema angesichts des 20-jährigen Bestehens des Dokuments von besonderer Bedeutung ist.

Seit der Verabschiedung der Resolution 1325 durch den Sicherheitsrat sind gemeinsame Konzepte zur Umsetzung der Dokumente zu Frauen und Frieden und Sicherheit entwickelt worden, die sich auf vier Bereiche konzentrieren: Prävention, Schutz, Partizipation und Friedenskonsolidierung in Situationen bewaffneter Konflikte. Die unmittelbare Beteiligung von Frauen an diesen Aktivitäten ermöglicht es, wie wir heute aus erster Hand erfahren haben, sehr konkrete Ergebnisse zu erzielen.

Mit großem Bedauern stellen wir fest, dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in diesem Jahr keine Jubiläumsresolution zu 1325 verabschiedet hat. Der von der russischen Präsidentschaft vorgelegte Entwurf hätte nicht nur einen ernsthaften Beitrag zur Stärkung und Weiterentwicklung dieser Agenda leisten können, sondern war auch ein wirklich ausgewogenes Dokument, das alle wesentlichen Elemente der Agenda abbildete. Dennoch verhinderten mehrere westliche Länder, dass das Dokument angenommen wurde. Und das trotz der Tatsache, dass die Vereinten Nationen das Vorrecht haben, die Umsetzung von 1325 zu überprüfen.

Bei der Erörterung der Resolution im Zusammenhang mit der Arbeit des Forums für Sicherheitskooperation (FSK), ist die Bedeutung der Sicherstellung von Chancengleichheit hervorzuheben, damit Frauen sich an Bemühungen um politisch-militärische Sicherheitsfragen beteiligen. Der Prozess der Einbindung von Frauen etwa in Projektaktivitäten zu Kleinwaffen und leichten Waffen und Lagerbeständen konventioneller Munition oder in Inspektionen im Rahmen des Wiener Dokuments 2011 oder des Vertrags über den Offenen Himmel sollte jedoch auf der Grundlage des bestehenden Bedarfs erfolgen. Dabei sollten nicht künstliche Quoten, sondern die berufliche Qualifikation von Frauen im Vordergrund stehen.

Insgesamt, darauf haben wir immer wieder hingewiesen, sollte die Arbeit des FSK zu 1325 ausschließlich im Rahmen seines Mandats erfolgen. Daran werden wir uns bei unseren künftigen Gesprächen im Forum orientieren.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit. Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

---

**963. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 969, Punkt 3 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION ALBANIENS**

Frau Vorsitzende,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrten Damen und Herren,  
liebe Gesa,

gestatte mir, dir und deinem kompetenten und motivierten Team für die Führung, das Engagement und die enorme Arbeit dieser letzten vier Monaten Lob zu zollen. Es war uns eine Ehre, mit dir und deinem Team zusammenzuarbeiten. Diese enge Partnerschaft war eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür, die Verhandlungen auf wirksame Weise in Richtung Ministerrat zu lenken.

Ich möchte mich auch bei all jenen Delegationen bedanken, die sich in die Ausarbeitung der Textentwürfe für den Ministerrat konstruktiv eingebracht haben und gemeinsam mit Albanien und Deutschland Tag um Tag und Woche um Woche durch einen intensiven Verhandlungsfahrplan gearbeitet haben.

liebe Kolleginnen und Kollegen,

seien wir ehrlich: Wenn es kein kollektives Bemühen, kein gegenseitiges und umfassendes Verständnis und vor allem keinen politischen Willen gibt, also das Fundament unserer Organisation, können wir auf dem Weg zu unserem gemeinsamen Wohl nicht vorankommen.

Wir stellen mit Bedauern und Enttäuschung fest, dass zu keinem der drei Textentwürfe Konsens erzielt werden konnte, und das trotz der fortlaufenden und energischen Bemühungen des deutschen FSK-Vorsitzes, der eine praktische Vision und einen Ansatz einbrachte, der greifbare Ergebnisse im Rahmen des FSK in Aussicht stellte.

Wie wir bereits bei zahlreichen früheren Gelegenheiten erklärt haben, hat Albanien die Bemühungen des deutschen FSK-Vorsitzes um die Stärkung unserer Verpflichtungen in Bezug auf Folgendes mit Nachdruck unterstützt:

– das Wiener Dokument 2011,

- Kleinwaffen und leichte Waffen sowie Lagerbestände konventioneller Munition sowie
- Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen.

Gestatten Sie mir einige Anmerkungen zu jedem der Vorschläge, die dem FSK zur Prüfung vorgelegt wurden:

Erstens ist es bedauerlich, dass es uns nicht gelungen ist, zum 30. Jahrestag des Wiener Dokuments, dieses grundlegenden Dokuments, das jahrzehntelang zum Aufbau von – gegenseitigem – Vertrauen zwischen den Teilnehmerstaaten beigetragen hat, zu einem Konsens über einen Erklärungsentwurf des Ministerrats zu kommen.

Albanien bekräftigt sein Bekenntnis zur vollständigen Umsetzung des Wiener Dokuments 2011 nach Buchstaben und Geist, und wir sind nach wie vor willens und entschlossen, seine künftige Modernisierung zu unterstützen, die seine Grundprinzipien weiter stärken würde.

Zweitens nehmen wir ebenfalls mit Bedauern zur Kenntnis, dass der Entwurf des Ministerratsbeschlusses zu SALW und SCA trotz der unablässigen Bemühungen des FSK-Vorsitzes bis zur letzten Minute keinen Konsens gefunden hat. Ich bin jedoch überzeugt, dass dieser Vorschlag ein echter Meilenstein bleibt, der in den nächsten Jahren als Richtschnur dienen wird. Die vom unerlaubten Handel und der übermäßigen Anhäufung von SALW und konventioneller Munition ausgehende Bedrohung zu reduzieren, kann für uns alle im OSZE-Raum einen spürbaren Zuwachs an Sicherheit bringen.

Albanien hat diesem Thema immer große Bedeutung beigemessen, und wir alle sollten uns darauf einigen können, dass sich die unkontrollierte Verbreitung von SALW zerstörerisch auf das tägliche Leben unserer Bürger auswirkt und der organisierten Kriminalität und dem Terrorismus Vorschub leistet. Wir sollten uns daran erinnern, dass wir alle dafür Verantwortung tragen, dass etwas dagegen unternommen wird.

Drittens möchte ich anlässlich des 20. Jahrestags dieses bahnbrechenden Dokuments auch dem deutschen Vorsitz dafür Anerkennung zollen, dass er eine greifbare und bedeutende Vision für einen Entwurf zu einem Ministerratsbeschluss zur Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen für die Aufgabenbereiche des FSK entwickelt hat, die über bloßes Gedenken hinausging und inhaltliche Überlegungen präsentierte, wie neuer Schwung in die Arbeit des FSK gebracht werden könnte.

Bedauerlicherweise konnte auch nach mehreren Änderungen des Entwurfs durch den FSK-Vorsitz, mit denen den Anliegen der Teilnehmerstaaten Rechnung getragen werden sollte, letztlich kein Konsens erzielt werden.

Frau Vorsitzende,

erfreut haben wir die gemeinsame Erklärung zur Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zur Kenntnis genommen, die auf dem Ministerratstreffen abgegeben wurde und die – was entscheidend ist – die Unterstützung von 52 Teilnehmerstaaten fand.

Damit wurde ein klares Signal für die anhaltende Bedeutung und Relevanz der Agenda Frauen und Frieden und Sicherheit für die OSZE ausgesandt.

Darüber hinaus wurde die gemeinsame Erklärung zum 30. Jahrestag des Wiener Dokuments von 45 Teilnehmerstaaten befürwortet, was einen klaren und zunehmenden Trend hin zur Unterstützung einer Modernisierung des Wiener Dokuments widerspiegelt und nicht übersehen werden sollte.

Wir glauben, dass der deutsche FSK-Vorsitz und insbesondere Sie, Frau Vorsitzende, ein wichtiges Vermächtnis hinterlassen haben, auf dem es aufzubauen gilt. Letztlich wird dieses Vermächtnis dem gemeinsamen Nutzen aller 57 Teilnehmerstaaten im FSK zugutekommen.

Wir sind überzeugt davon, dass diese Zusammenarbeit den Menschen in unseren Ländern einen besseren Dienst erwiese als politische Differenzen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

---

**963. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 969, Punkt 3 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION SCHWEDENS**

Frau Vorsitzende,

Schweden schließt sich der Europäischen Union vollinhaltlich an, möchte jedoch in nationaler Eigenschaft eine Erklärung abgeben.

Zunächst möchte Schweden Albanien für seinen hervorragenden OSZE-Vorsitz und für die Ausrichtung eines erfolgreichen Ministerrats in Tirana danken. Mit der Durchführung des ersten virtuellen Ministertreffens in der Geschichte hat Albanien die OSZE gewissermaßen in die Zukunft geführt. Schweden als künftiger Inhaber des OSZE-Vorsitzes hat viel aus dieser Erfahrung gelernt, von der wir auf jeden Fall profitieren werden, wenn wir in ein paar Wochen den Vorsitz übernehmen.

Was die Texte zur ersten, der politisch-militärischen Dimension betrifft, so möchten wir auch Deutschland für seine ungeheuren Bemühungen danken, Lösungsmöglichkeiten für drei sehr wichtige Dossiers zu finden. Aus unserer Sicht wäre ein Konsens über diese Texte für die künftige Arbeit der OSZE sehr hilfreich gewesen. Zu unserem Bedauern war das nicht möglich.

Wir sehen es jedoch als sehr ermutigend an, dass die überwiegende Mehrheit der Teilnehmerstaaten trotz schwieriger Umstände zwei starke Erklärungen, eine zum Wiener Dokument und eine zu Frauen und Frieden und Sicherheit, gebilligt hat. Beide Themen werden sicherlich für Schweden zu den Prioritäten im Jahr 2021 gehören.

Wir glauben auch, dass der Entwurf zu Kleinwaffen und leichten Waffen, der im Allgemeinen ebenfalls starke Unterstützung fand, zu einem späteren Zeitpunkt durchaus wieder aktiviert werden könnte. In diesem Zusammenhang werden der illegale Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen sowie Lagerbestände konventioneller Munition im nächsten Jahr ganz oben auf der schwedischen Agenda stehen.

Wir sind der festen Überzeugung, dass es in allen diesen Bereichen noch mehr zu tun gibt, und betrachten daher die Arbeit an diesen Texten und die Erklärungen gleichgesinnter Vertreter als wichtige Wegbereiter für künftige gemeinsame Anstrengungen.

Danke, Frau Vorsitzende. Ich bitte um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

---

**963. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 969, Punkt 3 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Frau Vorsitzende,

wir möchten uns den Delegationen anschließen, die dem deutschen Vorsitz ihren Dank für die immense Arbeit bei der Vorbereitung des Beitrags des Forums zum OSZE-Ministerrat in Tirana ausgesprochen haben. Wir anerkennen das große diplomatische Geschick unserer deutschen Kollegen, ihre Professionalität, Flexibilität und Fähigkeit, auf der Suche nach Kompromissformulierungen alle Möglichkeiten auszuschöpfen.

Wir bedauern, dass es trotz der großen Bemühungen der Teilnehmerstaaten im Forum für Sicherheitskooperation (FSK) in diesem Jahr nicht möglich war, greifbare Ergebnisse bei der Ausarbeitung der drei Dokumente zu erzielen. Natürlich setzt die Erzielung eines Konsenses voraus, dass die Standpunkte aller Teilnehmerstaaten ohne Ausnahme berücksichtigt werden. Hier ist jedoch politischer Realitätssinn gefragt. Wir halten es für wichtig, dass die Teilnehmerstaaten unter den gegenwärtig recht schwierigen Umständen in der Lage waren, die Grundlagen für einen Teil unserer künftigen Arbeit zu schaffen.

Was das Ergebnis des OSZE-Ministerratstreffens in Tirana im Hinblick das FSK angeht, so hat man natürlich das Gefühl, dass man mehr hätte erreichen können, aber wir gehen davon aus, dass das FSK noch über ein beträchtliches kreatives Potenzial verfügt, das es ihm ermöglicht, die Bedeutung der politisch-militärischen Dimension der Arbeit der OSZE immer wieder unter Beweis zu stellen.

Aus unserer Sicht ist die in Vorbereitung des Ministerratstreffens geführte Diskussion über Wege zur Wiederherstellung des Vertrauens und zum Abbau der Spannungen schon für sich allein genommen wertvoll. Gleichzeitig können wir nicht umhin, mit Bedauern darauf hinzuweisen, dass die vorherrschende Atmosphäre des Misstrauens und der Konfrontation im euroatlantischen Raum auch einen negativen Einfluss auf die politisch-militärische Dimension der OSZE hat. Solange die NATO ihre Politik der „Einhegung“ Russlands nicht aufgibt, sehen wir keinen Sinn darin, das Wiener Dokument 2011 über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen zu modernisieren. Wir warten auf Fortschritte bei der Position der NATO. Wir haben ausreichend Geduld.

Wir sind uns darin einig, dass es notwendig ist, Frauen in die komplexen Fragen der politisch-militärischen Sicherheit gleichberechtigt einzubeziehen. Wir erwarten, dass die Aktivitäten des Forums in diesem Bereich strikt im Rahmen seines Mandats erfolgen und sich auf die Auswirkungen der destabilisierenden Anhäufung und des illegalen Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) und Munition auf Frauen und Kinder, auf den Beitrag von Frauen zur Bekämpfung des illegalen Handels mit SALW und auf die Umsetzung des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit konzentrieren. Wir möchten darauf hinweisen, dass es genau diese Aspekte sind, mit denen uns unsere Minister bei den OSZE-Ministerrattreffen der letzten Jahre betraut haben.

Die weitreichenden Fragen im Zusammenhang mit der Hilfestellung für die Teilnehmerstaaten im Bereich von SALW und Lagerbeständen konventioneller Munition (SCA) dienen seit langem als Rahmen für die gemeinsamen Bemühungen aller Teilnehmerstaaten, und dieser leistet einen konkreten, praktischen Beitrag zur Stärkung der Sicherheit im OSZE-Raum. Im aktuellen Kontext der Arbeit des Forums haben die Bedeutung und Relevanz dieses Rahmens erheblich zugenommen, nicht zuletzt als Konsolidierungsfaktor bei der Gestaltung einer positiven Agenda. Wir freuen uns auf eine weitere interessante Auseinandersetzung mit diesem Thema und auf konkrete Ergebnisse in der normativen und praktischen Arbeit zu SALW und SCA.

Frau Vorsitzende,

abschließend möchten wir den Nutzen der im Forum geführten Diskussionen zur Vorbereitung des Ministerrattreffens bestätigen. Wir halten es für notwendig, diesen potenziellen und sehr konkreten intellektuellen Input zu nutzen, um der Arbeit unseres beschlussfassenden Verhandlungsgremiums im kommenden Jahr Anstöße zu geben. Wir möchten auch dem albanischen OSZE-Vorsitz für die ausgezeichnete Organisation und Durchführung des Ministerrattreffens danken. Wir danken Deutschland und allen Delegationen, die diesen schwierigen Verhandlungsmarathon mit uns gemeinsam absolviert haben.

Danke, Frau Vorsitzende. Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

---

**963. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 969, Punkt 4 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

heute findet im Forum die letzte Diskussion im laufenden Jahr über die politisch-militärischen Aspekte der Lage in der Ukraine statt. Wir schlagen vor, diese Gelegenheit zu nutzen, um eine Bilanz über die Diskussionen zu ziehen und zu bewerten, wie weit wir mit der Beilegung des innerukrainischen Konflikts vorangekommen sind.

Der Konflikt im Donbass geht nun in sein siebentes Jahr. Die bewaffnete Konfrontation hat bereits über 13 000 Menschenleben gefordert, rund 30 000 Menschen wurden verletzt. Das ist der Preis, den die Bewohner des Donbass dafür zahlen mussten, dass sie ihren Unmut über den Kurs der Politiker zum Ausdruck brachten, die nach dem verfassungswidrigen Staatsstreich in Kiew im Februar 2014 an die Macht gekommen waren.

Die derzeitige Führung der Ukraine hat versprochen, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen und bis Ende 2020 für Frieden im Donbass zu sorgen. Die gesetzten Fristen laufen ab und noch immer gibt es keine Ergebnisse. Anstatt gezielte Anstrengungen zur Lösung des Konflikts zu unternehmen, hat die ukrainische Regierung auf öffentliche Demagogie und eine zynische Manipulation der Fakten gesetzt und ist bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus dem Maßnahmenpaket und den Vorgaben des „Normandie-Formats“ stumm und untätig geblieben. Der kürzlich von der ukrainischen Seite vorgelegte Gemeinsame Aktionsplan zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen steht in fundamentalem Widerspruch zu Geist und Inhalt dieser Vereinbarungen.

Auch im Zusammenhang mit einem weiteren wichtigen Jubiläum gibt es nicht zu „feiern“, dem Gipfeltreffen des Normandie-Quartetts, das vor genau einem Jahr am 8. Dezember 2019 in Paris stattfand. Aufgrund der destruktiven Haltung der ukrainischen Regierung ist die überwältigende Mehrheit der damals gefassten Beschlüsse bis heute nicht umgesetzt worden. Die ukrainische Seite sträubt sich nach wie vor, mit dem Donbass zu einer Einigung über die rechtlichen Aspekte seines Sonderstatus zu kommen. Die sogenannte Steinmeier-Formel ist nicht in ukrainische Rechtsvorschriften übernommen worden. Es gibt noch immer keine Fortschritte im Hinblick auf eine Vereinbarung über neue Gebiete für die Entflechtung von Truppen und Material an der Kontaktlinie oder über Minenräumung. Ich

bin sicher, ich muss Sie nicht daran erinnern, dass die Vorgaben des Pariser Gipfels bereits im April dieses Jahres hätten umgesetzt werden sollen.

Und obwohl es dank der zusätzlichen Maßnahmen zur Stärkung der Waffenruhe, die seit dem 27. Juli dieses Jahres in Kraft sind, generell nur zu wenigen Verletzungen der „neuen Waffenruhe“ im Donbass kommt, tragen Zivilisten weiterhin Verletzungen durch Artilleriebeschuss davon oder sterben durch nicht zur Wirkung gelangte Kampfmittel und Minen. Die ukrainischen Streitkräfte verlegen militärisches Gerät in Siedlungen in der Nähe der Kontaktlinie und häufen auch eine große Anzahl von Panzern und Luftabwehrsystemen in der Region an. Die russische Delegation hat die Delegation der Ukraine bei zahlreichen Gelegenheiten im Forum aufgefordert, genaue Angaben zur Truppenstärke der ukrainischen Streitkräfte im Donbass, zu den Orten, an denen ihre Truppenteile stationiert sind, zu den beim Beschuss verwendeten Waffensysteme und deren Herkunft zu machen. Trotz der von der ukrainischen Regierung erklärten militärischen Transparenz ist bisher keine Antwort erfolgt. Offensichtlich hat die ukrainische Seite etwas zu verbergen.

Es ist nicht verwunderlich, dass unter diesen Umständen die offiziellen ukrainischen Vertreter weiterhin intensiv von Propagandaklischees über irgendeine „Aggression“ Gebrauch machen, um die Tatsache zu vertuschen, dass die ukrainische Regierung ihre Strafaktionen gegen die eigene Bevölkerung im Donbass fortsetzt. Die tragischen Ergebnisse dieser Politik der „Verteidigung“ – wie die ukrainischen Vertreter sie nennen – sind in den Berichten der OSZE-Sonderbeobachtungsmission in der Ukraine (SMM) dokumentiert. In den letzten drei Jahren kamen 75 Prozent der Todesopfer unter der Zivilbevölkerung aus Gebieten, die nicht von der ukrainischen Regierung kontrolliert werden. Wer ist also wirklich für diese Aggression verantwortlich?

Unter Verletzung der Minsker Vereinbarungen lehnen die ukrainischen Behörden weiterhin hartnäckig den Dialog mit den Vertretern bestimmter Gebiete der Regionen Donezk und Luhansk ab. Dass die ukrainische Regierung die Menschen im Donbass „mundtot“ macht, ist kaum überraschend – wie das Sprichwort sagt, „ein schlechtes Gewissen verrät sich selbst“. Aber die Tatsache, dass dies von den westlichen „Einflüsterern“ der Ukraine und von den Vermittlern der Friedensregelung aktiv gutgeheißen wird, wirft eine Reihe von Fragen auf. Insbesondere das Verhalten der französischen und der deutschen Regierung, die alles darangesetzt haben, ein informelles Treffen der Mitglieder des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen nach der Arria-Formel über die Fortschritte bei der Umsetzung des Minsker Maßnahmenpakets zu vereiteln, ist unerklärlich. Vor allem wollten sie verhindern, dass die Vertreter des Donbass, die direkt in die Beilegungsverhandlungen eingebunden sind, Erklärungen abgeben. Das Treffen fand am 2. Dezember 2020 trotzdem statt, aber Frankreich, Deutschland und die anderen westlichen Länder zogen es vor, es nicht zur Kenntnis zu nehmen.

Derartige Schritte liegen in der fehlenden Bereitschaft begründet, offenzulegen, was in der Ostukraine wirklich passiert. Schließlich ist es Sinn und Zweck einer jeden Regelung, den Konfliktparteien eine Stimme zu geben. Der Vorfall belastet die Rolle der französischen und der deutschen Regierung als Vermittler bei der Lösung der ukrainischen Krise und lässt ihren Wunsch erkennen, das Vorgehen der Behörden in Kiew zu „verschleiern“. Im Zusammenhang damit ergeben sich ernsthafte Zweifel an den Zusicherungen des verehrten

französischen Vertreters auf der 962. Sitzung des Forums für Sicherheitskooperation hinsichtlich der Unparteilichkeit Frankreichs und Deutschlands als Teilnehmer am „Normandie-Format“. Wir wiederholen: Die Beweislage spricht dagegen.

Als einer der Vermittler im Friedensprozess betont Russland, dass eine weitere Fortsetzung der bewaffneten Gewalt in der Ostukraine nicht hinnehmbar ist. Die ukrainische Regierung sollte die Strafaktion gegen die Zivilbevölkerung im Donbass unverzüglich einstellen, ihre Waffen abziehen und an die ausgewiesenen Lagerstätten bringen, illegale Gruppen entwaffnen und ausländische Militärausrüstung und Söldner aus der Ukraine abziehen. Die unmenschliche sozioökonomische Blockade des Donbass sollte unbedingt aufgehoben und der Region selbst unverzüglich ein Sonderstatus eingeräumt werden. Alle Verpflichtungen der Ukraine aus den Minsker Vereinbarungen müssen erfüllt werden. Politische und sicherheitspolitische Maßnahmen sind eng miteinander verknüpft und sollten gleichzeitig umgesetzt werden. Ohne eine Lösung der politischen Fragen ist eine umfassende Beilegung der Krise in der Ukraine unmöglich. Wir betonen die direkte Verantwortung der ukrainischen Regierung für die praktische Umsetzung aller Aspekte des Minsker Maßnahmenpakets und der auf dem Gipfeltreffen im „Normandie-Format“ in Paris erteilten Vorgaben.

Herr Vorsitzender,

die anhaltende Krise in der Ukraine ist das Ergebnis des Staatsstreichs vom Februar 2014, der vom Ausland aus orchestriert, finanziert und organisiert wurde und zur bewaffneten Konfrontation im Donbass und zum Leid von Millionen ukrainischer Zivilisten geführt hat. Seit mittlerweile mehr als sechs Jahren bemühen sich die westlichen „Einflüsterer“ der ukrainischen Regierung nicht wirklich darum, eine tatsächliche Einstellung der Feindseligkeiten zu fördern, sondern finanzieren und schulen stattdessen die ukrainischen Streitkräfte und statten sie mit Waffen aus. Die Vereinigten Staaten von Amerika brechen in dieser Hinsicht alle Rekorde. Nach Angaben der *US Defense Security Cooperation Agency* verkaufte die US-Regierung im Haushaltsjahr 2020 im Rahmen des Programms *Foreign Military Sales* Rüstungsgüter im Wert von 510 Millionen US-Dollar an die ukrainische Regierung, das ist doppelt so viel wie in den Vorjahren. Die heute von der US-Delegation bekannt gegebenen Zahlen, denen zufolge die US-Regierung seit 2014 der ukrainischen Regierung über 2 Milliarden US-Dollar für ihren militärischen Bedarf zur Verfügung gestellt hat, sind schwindelerregend. Kürzlich führte die 28. selbstständige mechanisierte Brigade der ukrainischen Streitkräfte taktische Übungen mit US-Panzerabwehrraketensystemen Javelin durch. Nichts davon ist dazu angetan, militärische Spannungen abzubauen, wie es die Vereinigten Staaten und westlichen Partner regelmäßig fordern – vielmehr gibt es der „Kriegspartei“ in Kiew und ihren kriegerischen Ambitionen in Bezug auf den Donbass Auftrieb. Wir möchten betonen, dass Teilnehmerstaaten, die der ukrainischen Regierung in irgendeiner Form militärisch-technische Hilfe leisten, gemeinsam mit dem ukrainischen Militär die Verantwortung für die Opfer unter der Zivilbevölkerung und für weitere Zerstörungen im Donbass tragen.

Es ist an der Zeit, dass die westlichen „Einflüsterer“ der ukrainischen Regierung endlich aufhören, deren Versuchen nachzugeben, den Konflikt als einen von außen hereingetragenen und nicht als einen innenpolitischen darzustellen, um Russland – einen Garanten und Vermittler der Einigung – weiterhin grundlos zu beschuldigen, die Friedensbemühungen zu „untergraben“. Wir haben noch die Äußerungen der Behörden in Kiew im

Ohr, sie bräuchten die Minsker Vereinbarungen, damit man mit den Sanktionen weiter Druck auf Russland ausüben kann. Wir warnen, dass die Fortsetzung dieser Politik zu unvorhersehbaren Folgen führen kann und –zumindest – die Friedensregelung aushebelt.

Herr Vorsitzender,

unser Standpunkt zum innerukrainischen Konflikt ist bekannt und unverändert – das Minsker Maßnahmenpaket vom 12. Februar 2015 ist im direkten Dialog zwischen der ukrainischen Regierung und den Behörden in Donezk und Luhansk vollständig umzusetzen. Als Vermittler ist die Russische Föderation bereit, alles zu tun, um das zu erleichtern. Alle Möglichkeiten und Mechanismen zur Förderung einer umfassenden, friedlichen Regelung in der Ostukraine sind vorhanden. Die Erzielung von Fortschritten hängt davon ab, ob die ukrainische Regierung wirklich zu einem direkten, auf praktische Ergebnisse ausgerichteten Dialog mit den Vertretern des Donbass bereit ist.

Wir erwarten von unseren französischen und deutschen Partnern im „Normandie-Format“, dass sie ihre Rolle als Ko-Vermittler verantwortungsvoll wahrnehmen, was eine unparteiische Haltung gegenüber der ukrainischen Regierung und den Behörden in Donezk und Luhansk voraussetzt, und sie diesen nahelegen, das Minsker Maßnahmenpaket und die Beschlüsse im „Normandie-Format“ vollständig umzusetzen.

Abschließend noch ein kurzes Wort zu den heutigen Ausführungen zur Lage auf der Krim. Dieses Thema ist endgültig abgeschlossen, und wir haben nicht die Absicht, es zu erörtern.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.



**Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa  
Forum für Sicherheitskooperation**

FSC.JOUR/969  
9 December 2020  
Annex 6

Original: GERMAN

---

**963. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 969, Punkt 5 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DEUTSCHLANDS**

Frau Vorsitzende,  
Exzellenzen,  
geschätzte Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich Ihnen mitteilen zu dürfen, dass Deutschland sich entschlossen hat, erneut Mittel für das OSZE-Programm für Kleinwaffen und leichte Waffen sowie Lagerbestände konventioneller Munition (SALW/ SCA) zur Verfügung zu stellen.

Unser Beitrag beträgt 1 000 000 Euro.

Während unseres FSK-Vorsitzes haben wir deutlich gemacht, welche enorme Bedeutung dieses Programm im OSZE-Raum für Deutschland seit Jahren hat. Wir setzen daher die finanzielle Förderung mindestens bis in das Jahr 2023 fort.

Ich freue mich darüber hinaus Ihnen mitteilen zu können, dass Deutschland sich entschlossen hat, zum wiederholten Male Finanzmittel für die *Outreach*-Vorhaben des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit im Jahr 2021 zur Verfügung zu stellen.

Unser Beitrag beträgt 60 000 Euro.

Wir hoffen, dass es die Pandemiesituation baldmöglichst zulässt, die im Jahr 2020 unterminiert verschobenen *Outreach*-Aktivitäten des Verhaltenskodex nachzuholen.

Wir würden uns freuen, wenn auch weitere Teilnehmerstaaten zur finanziellen Förderung der Projekte zu SALW und SCA und auch zum Verhaltenskodex beitragen.

Frau Vorsitzende ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

---

**963. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 969, Punkt 5(c) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION ÖSTERREICHS**

Herr Vorsitzender,  
Frau Vorsitzende,  
Exzellenzen,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

bei dem zweiten Zweijährlichen Treffen zur Beurteilung der Umsetzung der OSZE-Dokumente über Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) und Lagerbestände konventioneller Munition (SCA), das am 13. und 14. Oktober stattfand, wurden zahlreiche Vorschläge zur Prüfung vorgelegt. Diese wurden zu einem Dokument mit dem Titel *Survey of Suggestions* zusammengestellt, das am 27. November unter der Nummer SEC.GAL/179/20 verteilt wurde. Bei dem Treffen wurde ein breites Spektrum an Themen behandelt, was die komplexe, vielschichtige Natur des Bereichs SALW und SCA widerspiegelt.

Der Hilfsmechanismus im Rahmen der OSZE-Dokumente zu SALW und SCA war eines der Themen, die bei dem alle zwei Jahre stattfindenden Treffen am intensivsten erörtert wurden. Es steht außer Frage, dass die OSZE-Dokumente selbst einen ausreichenden normativen Rahmen bieten und dass es nicht notwendig ist, sie in irgendeiner Weise anzupassen. Nichtsdestotrotz ist es unerlässlich, die fortgesetzte Relevanz, Reaktionsfähigkeit und Kohärenz der bestehenden Mechanismen sicherzustellen.

Dementsprechend hat Österreich gemeinsam mit Deutschland und der Schweiz dieses Thema aufgegriffen und möchte ankündigen, dass zu Beginn des nächsten Jahres eine inhaltliche Überprüfung eingeleitet wird. Der Prozess, der für die laufende Überprüfung der Praxisleitfäden eingerichtet wurde, wird als Arbeitsmethode für diese neue Überprüfung verwendet, die in einer inklusiven und transparenten Weise nach einem stufenweisen Verfahren durchgeführt werden soll. Ausführlichere Informationen zur Initiative werden beim morgigen Treffen des informellen Freundeskreises zu SALW und SCA erfolgen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

---

**963. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 968, Punkt 5(d) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION SERBIENS**

Herr Vorsitzender,  
Exzellenzen,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

bei der 954. Plenarsitzung des Forums für Sicherheitskooperation vom 16. September 2020 setzte die serbische Delegation alle Teilnehmerstaaten davon in Kenntnis, dass die Regierung der Republik Serbien am 9. September 2020 beschlossen hatte, alle militärischen Übungen und militärischen Aktivitäten mit allen Partnern für die nächsten sechs Monate ausnahmslos auszusetzen (FSC.JOUR/960, Anhang 10).

Dazu möchte ich Ihnen mitteilen, dass die serbische Regierung am 3. Dezember 2020 ihren Beschluss vom 9. September 2020 zurückgenommen hat.

Die serbische Regierung hat am 3. Dezember 2020 außerdem beschlossen, die Teilnahme des Landes an allen internationalen Militärübungen bis zum 8. März 2021 auszusetzen.

Mit der Aufhebung ihres früheren Beschlusses und der Verabschiedung dieses jüngsten Beschlusses hat die Regierung alle notwendigen Voraussetzungen für die Durchführung aller Aktivitäten geschaffen, die in den Bereich der internationalen militärischen Zusammenarbeit fallen, mit Ausnahme der Teilnahme von Personal des Verteidigungsministeriums der Republik Serbien und der serbischen Streitkräfte an internationalen Militärübungen bis zum 8. März 2021.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

Danke, Herr Vorsitzender.